FORDERUNGSPAPIER ZUR UMSETZUNG DER REGELUNG DER ENTLASTUNGSANGEBOTE FÜR MENSCHEN MIT PFLEGEBEDARF

Der Text wurde im Rahmen des Verbandsthemas 2015
„Pflege vor Ort gestalten“
des Verbraucherzentrale Bundesverbands e.V. und seiner Mitglieder erstellt

Die Mitglieder der Netzwerkgruppe:
Astrid Grunewald-Feskorn – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorgani-
sationen e.V.
Gertraud Gräßel – Deutscher Evangelischer Frauenbund e.V. Bundesverband
Christiane Grote – Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V.
Gudrun Matusch – Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V.
Doris Schütz – Verbraucherzentrale des Saarlandes e.V.
Moritz Schnitger – Universität Potsdam

Impressum

*Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
Geschäftsbereich Verbraucherpolitik
Team Gesundheit und Pflege
Markgrafenstraße 66
10969 Berlin
gesundheit@vzbv.de*

INHALT

FORDERUNGSPAPIER ZUR UMSETZUNG DER REGELUNG DER ENTLASTUNGSANGEBOTE FÜR MENSCHEN MIT PFLEGEBEDARF	1
1. Ausgangslage	3
2. Umsetzung in den Ländern	3
3. Neuregelung durch das Pflegestärkungsgesetz I	4
4. Das Spektrum der neuen Entlastungsleistungen.....	5
5. Weiterentwicklung durch das PSG II	6
6. Stand der Umsetzung in den Ländern.....	6
7. Empfehlungen zu Voraussetzungen und Qualitätsanforderungen der neuen Entlastungsleistungen	8

1. AUSGANGSLAGE

Schon wenige Jahre nach Einführung der Pflegeversicherung wurde deutlich, dass Menschen mit einem Pflegebedarf mehr brauchen als nur Hilfe bei der Nahrungsaufnahme, Körperpflege, Mobilität oder eine hauswirtschaftliche Versorgung. Dies insbesondere dann, wenn es sich nicht nur um einen Pflegebedarf aufgrund von somatischen Beeinträchtigungen handelt, sondern wenn etwa eine Demenz oder psychische Erkrankung zusätzlich oder sogar ausschließlich vorliegt.

Die Leistungen der Pflegeversicherung wurden daher bereits 2002 durch das "Pflegeleistungsergänzungsgesetz" erweitert um **niedrigschwellige Betreuungsleistungen**, § 45 b SGB XI. Der Gesetzgeber trug damit dem Umstand Rechnung, dass gerade demenziell erkrankte Menschen oftmals nicht vorrangig einen Bedarf an Pflege haben, sondern vielmehr Betreuung und Beaufsichtigung sowie eine Tagesstrukturierung benötigen. Die stundenweise Hilfe in der Häuslichkeit durch geschulte Ehrenamtliche oder Mitarbeitende zugelassener Pflegedienste durch Vorlesen, Erzählen oder auch gemeinsame Spaziergänge sind für Betroffene eine wertvolle Hilfe, ganz individuelle Unterstützung und Anregung zu erfahren. Pflegenden Angehörige werden darüber hinaus in dieser Zeit entlastet. Gleiches gilt für Betreuungsgruppen, in denen in der Gemeinschaft unterschiedliche Aktivitäten wie Singen, Malen oder Ausflüge angeboten werden.¹

2. UMSETZUNG IN DEN LÄNDERN

Um die vielfältigen Angebote qualitativ auszugestalten, wurden in den Ländern entsprechende Verordnungen geschaffen, in denen die Schulungsvoraussetzungen für Ehrenamtliche und die Anerkennungsvoraussetzungen für Pflegedienste festgelegt sind. Die Länder gehen dabei durchaus unterschiedliche Wege. So können in Berlin auch "Einzelanbieter" - wie etwa freiberuflich tätige Musiktherapeuten - eine Zulassung beantragen, während dies etwa in Brandenburg nicht vorgesehen ist. In Schleswig-Holstein sind beispielsweise auch rein nachbarschaftliche Hilfen möglich, die unter anderem in Rheinland-Pfalz derzeit nicht angeboten werden.

¹ 2014 wurden bundesweit von allen Pflegekassen nach Auskunft des AOK-Bundesverband 478 Mio. Euro an niedrigschwelligen Betreuungsleistungen an die Anspruchsberechtigten ausgezahlt. Angaben für 2015 liegen noch nicht vor.

3. NEUREGELUNG DURCH DAS PFLEGESTÄRKUNGSGESETZ I

Mit dem Fünften SGB XI-Änderungsgesetz, bekannt unter Pflegestärkungsgesetz I (PSG I), können jetzt nicht nur Betreuungs-, sondern daneben auch **Entlastungsleistungen** in Anspruch genommen werden, §§ 45 b, c SGB XI. Zugelassene Pflegedienste und andere Anbieter haben die Möglichkeit, neben den bisher schon vorhandenen Angeboten für allgemeine Anleitung und Betreuung nun auch **Entlastungsleistungen und Angebote der hauswirtschaftlichen Versorgung** am Markt zu platzieren. Letzteres eben nicht nur in Form von Sachleistung wie bisher, sondern zusätzlich auch als Angebot nach § 45 b SGB XI im Weg der Kostenerstattung. Eine mögliche Erweiterung auf Entlastungsangebote gilt ebenso für die nach dem Landesrecht zugelassenen niedrigschwelligen Betreuungsangebote.

Darüber hinaus sind alle Menschen mit einem Pflegebedarf ab Pflegestufe I jetzt anspruchsberechtigt (in Höhe von 104 €, ab 2017 in Höhe von 125 € nach dem PSG II-Entwurf) und nicht mehr nur diejenigen, die an einer Demenz, psychischen oder geistigen Erkrankungen leiden.

Soweit im Kalendermonat die Sachleistung nicht voll ausgeschöpft wird, besteht die Möglichkeit, diese in Höhe von maximal 40% als Betreuungs- und Entlastungsleistung in Anspruch zu nehmen. Für die Kostenerstattung können auch Mittel der Verhinderungspflege nach § 39 SGB XI eingesetzt werden.

Durch die Erweiterung der Angebote im niedrigschwelligen Bereich kann eine Versorgung jetzt noch "passgenauer" erfolgen. Jedem pflegebedürftigen Menschen ist es möglich, sich betreuende, unterstützende und entlastende Leistungen zusammen zu stellen, die er flankierend zu reinen Pflegeleistungen benötigt. Dadurch wird die Möglichkeit, länger in der eigenen Häuslichkeit verbleiben zu können, in ausbaufähiger Weise unterstützt.

Durch das PSG I sind die Länder damit beauftragt, die neuen Entlastungsleistungen und die damit verbundenen Voraussetzungen in Verordnungen umzusetzen. Eine Frist zur Umsetzung ist durch das PSG I nicht vorgegeben.

4. DAS SPEKTRUM DER NEUEN ENT- LASTUNGSLEISTUNGEN

Neben den bereits bekannten und erprobten Betreuungsangeboten sind **Entlastungsleistungen** solche,

- die der Deckung des Bedarfs an Unterstützung im Haushalt insbesondere der hauswirtschaftlichen Versorgung des Anspruchsberechtigten dienen oder
- die bei der Bewältigung von allgemeinen oder pflegebedingten Anforderungen des Alltags helfen oder
- die der eigenverantwortlichen Organisation individuell benötigter Hilfeleistungen dienen oder
- die dazu beitragen, Angehörige oder vergleichbar Nahestehende in ihrer Eigenschaft als Pflegende zu entlasten.

Das Gesetz selbst nennt nur beispielhaft als förderungsfähige niedrigschwellige Entlastungsleistungen Serviceangebote für haushaltsnahe Dienstleistungen, Alltags- und Pflegebegleiter. Ferner sind möglich alle entlastenden Alltagshilfen rund um Serviceleistungen im Haushalt und der unmittelbaren häuslichen Umgebung wie etwa des Gartens, die Übernahme von Fahr- und Begleitdiensten, Einkaufs- und Botengänge, die Beratung und praktische Hilfe bei Anträgen und Korrespondenzen oder die organisatorische Unterstützung bei der Bewältigung nur vorübergehend auftretender Anforderungen beispielsweise bei einem Umzug.²

Für Angehörige sowie andere dem Anspruchsberechtigten nahestehende Personen (etwa Bekannte oder Nachbarn) können unter anderem Beratungs- und Begleitangebote der Unterstützung und Entlastung dienen.

Die Aufzählung ist nicht abschließend. Insgesamt sollen nach dem Willen des Gesetzgebers Entlastungsangebote in vielfältiger Form entstehen und den Anspruchsberechtigten helfen, die Herausforderungen des täglichen Lebens und Alltags, die sie aufgrund nachlassender Ressourcen und eines nicht bestehenden ausreichenden sozialen Netzwerks, nicht mehr bewältigen können, zu kompensieren. Vor allem sollen die Angebote frühzeitig in Anspruch genommen werden können, um so möglichst lange eine Selbstständigkeit und Selbstbestimmung gewährleisten zu können. Nach Landesrecht anerkannte Anbieter von niedrigschwelligen Angeboten wie auch Pflegedienste können derartige Angebote entwickeln und versuchen, diese am Markt zu platzieren. Mit den Entlastungsleistungen wird ein neues Marktsegment geschaffen.

² Vgl. Begründung zum PSG I zu Absatz 3a.

5. WEITERENTWICKLUNG DURCH DAS PSG II

Der Entwurf des PSG II nimmt Veränderungen auch im Bereich der niedrigschwelligen Betreuungs- und Entlastungsleistungen nochmals in den Blick: Zusammenfassend wird dort in § 45 a SGB XI von "Angeboten zur Unterstützung im Alltag" gesprochen, die nachfolgend weiter je nach Ausrichtung untergliedert werden in "Betreuungsangebote", "Angebote zur Entlastung für Pflegenden" sowie "Angebote zur Entlastung im Alltag". Für Angehörige und Nahestehende wird ein eigener Anspruch auf Entlastungsleistungen formuliert.

6. STAND DER UMSETZUNG IN DEN LÄNDERN

Die einzelnen Bundesländer passen ihre Verordnungen derzeit an die veränderten gesetzlichen Möglichkeiten an und formulieren Qualitätsanforderungen nun auch für Entlastungsleistungen und die hauswirtschaftliche Unterstützung. Den Ländern steht es dabei offen, ob sie die Anforderungen für Betreuungs- und Entlastungsleistungen in einer Verordnung regeln oder in getrennten. Soweit derzeit bekannt, planen die Bundesländer jeweils eine Regelung für beide Angebotssegmente. Dafür spricht schon, dass es nicht stets gelingen wird, Betreuungs- sowie Entlastungsleistungen trennscharf voneinander abzugrenzen, auch wenn ihre Inhalte durchaus divergieren. Zum anderen werden Anbieter von Betreuungsangeboten ihr Portfolio oftmals um Entlastungsangebote erweitern, so dass eine Regelung darüber, wie in diesem Fall zu verfahren ist, besser in einer Norm zu regeln ist. Letztendlich ist es auch für alle Beteiligten einfacher, sich nur mit einer Verordnung auseinanderzusetzen.

Für die Übergangszeit 2015, in der die Berechtigten bereits einen Anspruch auf die neuen Entlastungsleistungen haben, diese aber nicht in Anspruch nehmen können, weil es noch keine Anerkennungsverordnungen und daher auch keine Angebote am Markt gibt, verfahren die Länder ebenfalls unterschiedlich.

In Brandenburg haben die bestehenden niedrigschwelligen Betreuungsangebote auch eine Zulassung als Entlastungsangebot erhalten, noch im September soll eine neue Verordnung in Kraft treten. In Hamburg ist eine Anerkennung der Betreuungsangebote als Entlastungsangebote teilweise erfolgt.

In Niedersachsen wurde im April 2015 sogar eine Interimslösung geschaffen bis zur Erarbeitung einer neuen Verordnung.³ Vereinfacht erhalten dort alle bisherigen Betreuungsangebote eine Zulassung auch als Entlastungsangebot, sofern Entlastungsleistungen bereits konzeptioneller Bestandteil des bestehenden Angebotes sind. Bei Neuansträgen ab 2015 für Betreuungs- und Entlastungsangebote muss bei niedrigschwelligen Angeboten eine Konzeption auch für die Entlastungsleistungen vorgelegt werden. Für gewerbliche Anbieter (z.B. Serviceagenturen oder hauswirtschaftliche Dienstleister) gelten weitgehende Voraussetzungen im Vergleich zu denen ehrenamtlicher Dienste: insbesondere müssen die Kräfte eine Schulung von mindestens 20 Stunden absolvieren (in Anlehnung an die für Ehrenamtliche vorgesehenen), eine ausreichende Versicherung muss bestehen, Mindestlohn gezahlt werden und eine Vertretungsmöglichkeit bei Krankheit muss gegeben sein. Ambulante Dienste selbst können keine Anerkennung erlangen, jedoch wirtschaftlich eigenständige Angebote initiieren. Einzelanbieter werden nicht anerkannt.

Die meisten Bundesländer befinden sich bezüglich der neuen Verordnungen noch in mehr oder weniger weit fortgeschrittenen Abstimmungsprozessen. Die Änderung durch das PSG I wird auch als Möglichkeit gesehen, die bisherigen Verordnungen grundsätzlich zu überdenken. So sollen etwa dort, wo Einzelanbieter bisher zugelassen waren, diese möglicherweise zukünftig keine Zulassung mehr erhalten.

Insgesamt muss festgehalten werden, dass die Bemühungen in den Bundesländern aus Sicht der Verbraucher und Verbraucherinnen zu langsam voranschreiten. Bereits mit Jahresbeginn 2015 haben alle Pflegebedürftigen einen gesetzlichen Anspruch auch auf Entlastungsleistungen. Da aktuelle Verordnungen in den Ländern noch immer fehlen, können sich Entlastungsangebote noch nicht am Markt aufstellen. Kassen müssen die Mittel wegen fehlender Regelung und damit Anerkennung nicht auszahlen. Letztendlich werden die Verbraucher von den ihnen zustehenden Leistungen abgeschnitten.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband und seine Mitglieder fordern die Bundesländer auf, die nötigen Verordnungen unverzüglich zu erarbeiten. Nur, wenn die an die Entlastungsleistungen gestellten Voraussetzungen und Qualitätsanforderungen transparent sind, kann sich ein entsprechendes Angebot zu Gunsten der Anspruchsberechtigten auch entwickeln.

Die nur vorübergehende Anerkennung von Betreuungs- auch als Entlastungsangebote schafft keine Sicherheit, da in diesem Fall in der Regel ein Vertrauensschutz nicht besteht.

³ Interimslösung für den Übergangszeitraum bis zum Inkrafttreten der Länderverordnung über die Anerkennung von niedrigschwelligen Betreuungs- und Entlastungsangeboten nach § 45 b Abs.1 Satz 6 Nr.4 SGBXI i.V.m. der AnerkVO-SGB XI vom 28.02.2002 nach § 45 b Abs.4 SGB XI vom April 2015

7. EMPFEHLUNGEN ZU VORAUSSETZUNGEN UND QUALITÄTSANFORDERUNGEN DER NEUEN ENTLASTUNGSLEISTUNGEN

7.1. Qualifizierungsvoraussetzungen für Entlastungsleistungen

Für Entlastungsleistungen gilt es, wie für die bereits bestehenden Betreuungsleistungen, Qualifizierungsvoraussetzungen für die Anbieter wie für die Ausführenden zu beschreiben.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband und seine Mitglieder fordern in diesem Zusammenhang, dass im Hinblick auf die Niedrigschwelligkeit der Angebote, die Anforderungen nicht überzogen werden. Insbesondere dürfen Zulassungsvoraussetzungen und Qualitätsanforderungen das Ziel des Gesetzgebers, niedrigschwellige Angebote zu schaffen, nicht konterkarieren.

Zum einen dürfen die Voraussetzungen an eine Qualifizierung derjenigen, die vor Ort bei den Anspruchsberechtigten Entlastungsleistungen erbringen, nicht höher sein, als für Betreuungsangebote. Betreuende Tätigkeiten sind ihrem Charakter nach "näher am Menschen" durch ihren individuell betreuenden, begleitenden und tagesstrukturierenden Charakter. Entlastungsleistungen insbesondere im hauswirtschaftlichen Bereich haben eher einen unterstützenden und die Betreuung und Pflege "flankierenden" Charakter. Es erscheint nicht zielführend, hier höhere Voraussetzungen zu schaffen. Dies gilt für gewerbliche wie für Angebote durch Ehrenamtliche gleichermaßen. Insbesondere erscheint es nicht sachgerecht, wenn im Bereich gewerblicher Anbieter sehr viel umfangreichere Qualifikationen gefordert werden. Vom Deutschen Verein in seinen Empfehlungen geforderte 160 Stunden sind zu umfangreich.⁴

Schulungen von bis zu 40 Stunden⁵ oder mehr erscheinen im Bereich der Entlastungsleistungen bereits zu hoch. Vor allem Menschen, die möglicherweise schon lange in einem Bereich arbeiten, zum Beispiel als Hauswirtschaftskraft oder Wäscheservice, sollten als ausreichend qualifiziert gelten.

Bei Angeboten, die sehr wenig "persönliche Berührung" mit dem Anspruchsberechtigten haben, wie beispielsweise ein Essenslieferservice, erscheint fraglich, ob es überhaupt einer Qualifizierung bedarf. Dies auch im Hinblick auf die fachlichen Voraussetzungen eines z. B. im Lieferservice Tätigen.

⁴ Vgl. Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Qualität von niedrigschwelligen Betreuungs- und Entlastungsangeboten gem. § 45b Abs. 4 SGB XI v. 3.7.2015, S. 12, unter 5.1.2.1.

⁵ S. Interimslösung aus Niedersachsen

Im Ergebnis sollten die Anforderungen hinsichtlich einer Qualifikation für die einzelnen Angebote differenziert werden nach Betreuungs- und Entlastungsleistungen. Grundsätzlich kann zwar denjenigen zugestimmt werden, die eine trennscharfe Abgrenzung zwischen Betreuung und Entlastung als schwierig ansehen. **Wegen der unterschiedlichen Ausrichtung von Betreuung und Entlastung, sollten die Anforderungen an Anbieter sowie die Ausführenden dennoch differenziert werden. Eine Unterscheidung zwischen gewerblichen und ehrenamtlichen Angeboten sollte dagegen nicht erfolgen.**

Auch wenn unnötig hohe Qualitätsanforderungen auf der einen Seite vermieden werden sollen, müssen auf der anderen Seite Anbieter im gewerblichen Bereich verbraucherrechtliche und arbeitsrechtliche Mindestvoraussetzungen erfüllen, zu denen die Zahlung des Mindestlohns für die entsprechende Berufsgruppe gehört. Prekäre Arbeitsverhältnisse müssen verhindert werden, wie etwa auch Scheinselbständigkeit.

7.2. Angebote durch Einzelanbieter

Einzelanbieter leisten schon jetzt hilfreiche und qualitativ gute Arbeit im Betreuungsbereich. **Der Verbraucherzentrale Bundesverband und seine Mitglieder fordern, dass bundesweit einheitlich Einzelanbieter eine Zulassung erhalten können auch für Entlastungsleistungen.**

Soweit problematisiert wird, dass ihnen als Einzelperson eine Vertretung für den Kunden im Krankheits- oder Urlaubsfall nicht möglich sei, findet man diese Sachlage auch bei anderen Dienstleistern, etwa Putzhilfen, die auf Minijobbasis tätig sind oder ihre Leistung als selbständige Tätigkeit anbieten. Es erscheint daher zielführend, Einzelanbieter nur für bestimmte Entlastungsleistungen zuzulassen, jedoch soll eine Zulassung nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Insbesondere dürfen keine zusätzlichen Hürden aufgebaut werden, indem ein Einzelanbieter beispielsweise eine juristische Person sein muss. Der Nachweis einer Haftpflichtversicherung erscheint dagegen als sinnvoll.

Auch zur Frage des Leistungsspektrums dürfen keine zusätzlichen Hürden aufgebaut werden, etwa indem von den Dienstleistern eine Mehrheit von Leistungsangeboten oder sogar eine umfängliche Palette von Angeboten verlangt wird.

7.3. Nachbarschaftshilfen

Nachbarschaftliche Hilfen sind durch "kurze Wege" gekennzeichnet. Es handelt sich um Unterstützung direkt bei der Nachbarin, beim älteren Herrn gegenüber auf der anderen Straßenseite oder bei der Hochbetagten am Ende der Straße. Als Nachbar will man unbürokratisch helfen, zeitlich flexibel und

ohne bürokratische Hürden. Trotzdem haben diese Hilfen aus einem Verantwortungsbewusstsein des Helfenden heraus in der Praxis eine gewisse Verbindlichkeit. Für denjenigen, dem geholfen wird, ist die Unterstützung genauso wichtig und hilfreich wie die eines gewerblichen Anbieters. Möglicherweise schließt gerade diese nachbarschaftliche Hilfe Lücken in der professionellen Versorgung. Zumeist wollen sich die Menschen erkenntlich zeigen für die Hilfen, indem sie sich an den Benzinkosten beteiligen oder hier und da einen kleinen Geldbetrag dem Nachbarn "zustecken".

Im Sinne einer möglichst flexiblen Gestaltung der Entlastungsleistungen empfehlen der Verbraucherzentrale Bundesverband und seine Mitglieder, auch für rein nachbarschaftliche Hilfen die Kostenerstattung zu ermöglichen und diese Hilfen wegen ihres höchst niedrigschwelligen, aber dennoch sehr wertvollen Charakters an keinerlei Qualifizierungsvoraussetzungen zu knüpfen.

Allerdings sollte es den nachbarschaftlichen Helfern ermöglicht werden, auf freiwilliger Basis eine Qualifizierung zu besuchen. Dazu bedarf es der Ausweitung von Gelegenheiten zur Qualifizierung. Im Einzelfall möchten sich auch nachbarschaftliche Helfer über ein Krankheitsbild näher informieren, zum Beispiel, wenn sie einem an Demenz erkrankten Menschen helfen und mehr erfahren möchten, wie eine Kommunikation gut gestaltet werden kann - auch bei Fortschreiten der Krankheit.

7.4. Betreuungsangebote und/oder Entlastungsangeboten - freie Wahl der Anbieter

Zwecks größtmöglicher Flexibilität fordert der Verbraucherzentrale Bundesverband und seine Mitglieder, dass die Anbieter von Leistungen nach § 45 b, c SGB XI frei wählen können, ob sie das gesamte nun mögliche Leistungsspektrum bedienen wollen, oder ob sie sich auf Entlastungsleistungen beschränken und dort möglicherweise auch nur einen bestimmten Personenkreis bedienen oder nur bestimmte Leistungen erbringen möchten. Diese Auswahl bzw. Begrenzung muss im Konzept deutlich werden.

7.5. Weitere wichtige Aspekte

Aus Sicht der Verbraucher ist eine transparente Leistungs-Kostenstruktur von Betreuungs- wie Entlastungsleistungen wichtig.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband und seine Mitglieder halten es für notwendig, dass die Dienstleister Verträge mit den Anspruchsberechtigten bzw. Verbrauchern abschließen. Von Seiten der Verbraucher erscheint es sachgerecht, dass diese - wegen des persönlichen Charakters der Leistungen - wie die Verträge in der ambulanten Pflege jederzeit, oder doch zumindest kurzfristig, kündbar sind.

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass die Kommunen wieder mehr Spielraum und Verantwortung erhalten sollen, wenn es um die Gestaltung einer guten Pflege vor Ort geht. Die Kommunen sollen dafür verantwortlich sein, dass eine Überprüfung von Betreuungs- und Entlastungsleistungen vor Ort ermöglicht wird. Dazu würde auch die rechtliche Prüfung der geschlossenen Vereinbarungen zwischen Dienstleistern und Verbrauchern gehören, da insbesondere Pflegestützpunkte - soweit sie existieren - bzw. ihre Mitarbeiter trotz ihres breiten Aufgabenfeldes nicht berechtigt und geschult sind, eine rechtliche Überprüfung von Verträgen und Vereinbarungen vorzunehmen und eine dahingehende Beratung durchzuführen. Auch die Pflegekassen sind nicht berechtigt, diese Prüfungen durchzuführen, sondern verpflichtet, bei einem zugelassenen Angebot, die vorgeschossenen Kosten dem Anspruchsberechtigten zu erstatten.

Können oder wollen die Kommunen eine derartige rechtliche Prüfung nicht übernehmen, bleibt zu prüfen, ob die Verbraucherzentralen der Länder oder andere Stellen⁶ diese Aufgabe übernehmen können. Insbesondere die Verbraucherzentralen der Länder sind fachlich in der Lage, die mit einer rechtlichen Prüfung verbundenen Aufgaben zu übernehmen. Sie sind zur außergerichtlichen Rechtsberatung sowie -besorgung legitimiert.

Schließlich soll eine Berichtspflicht an die Pflegekassen über Angebotsstruktur und Preise bestehen; so können die Verbraucher umfassend über Angebote informiert werden.

⁶ In Hessen prüft die für das Heimrecht zuständige Aufsichtsbehörde auch Verträge nach § 45b SGB XI.